

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Anke Fuchs MdB zum Bundeshaushalt 1994: Bundesregierung nimmt Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf.

Seite 1

Joachim Poß MdB zum Kürzungspaket der Bundesregierung: Abbau von Steuersubventionen findet nicht statt.

Seite 3

Christa Randzio-Plath MdEP zu Spannungen innerhalb des Europäischen Währungssystems: Zinsenkungen in Deutschland bleiben weiterhin erforderlich

Seite 4

48. Jahrgang / 131

14. Juli 1993

Bundesregierung nimmt Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf

Etatentwurf und Finanzplan setzen verhängnisvoll falsche Politik fort

Von Anke Fuchs MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Koalition hat sich mit den Kosten der deutschen Einheit total übernommen und versucht nun die finanziellen Schwierigkeiten vorrangig zulasten des Sozialtats in den Griff zu bekommen. Kanzler Kohl hat damals versprochen, es werde keinem schlechter gehen, allen wird es besser gehen, Steuererhöhungen seien nicht notwendig. Die Folgen dieser schon damals absehbar falschen Ankündigung sind fatal:

Unangemessen und verfassungswidrig hohe Staatsverschuldung:

Die Gesamtverschuldung des Bundes einschließlich seiner Schattenhaushalte wird 1997 circa 1,7 Billionen DM betragen. Allein 1994 müssen an Zinslast rund 100 Milliarden DM gezahlt werden. Das entspricht etwa 21 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes. Die Bürger haben inzwischen gelernt, daß Schulden, die heute gemacht werden, morgen mit höheren Abgaben und Leistungskürzungen bezahlt werden müssen.

Keine durchgreifenden und sozial verträglichen Sparvorschläge - Gefahr für den Standortfaktor "sozialer Friede"

Das Finanzdebakel soll vorwiegend zulasten des Sozialtats gelöst werden. Von den 21 Milliarden DM, die im Haushalt gekürzt werden sollen, betreffen allein 16 Milliarden den Bereich des sozialen Netzes:

- Arbeitslosenhilfe wird um drei Prozent gesenkt,
- Arbeitslosengeld schrumpft
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden beschnitten
- beim Kindergeld und BaFöG wird gespart.

Betroffen ist insbesondere das untere Einkommensdrittel. Dieser einseitige Sparansatz führt zu einer gefährlichen sozialen Schieflage und gefährdet damit den Standortfaktor "Sozialer Friede".

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Freundliche Umwelt
mit wertvollem Recycling-Papier



Sparprogramm auch wirtschafts- und konjunkturpolitisch falsch:

Da die vorgesehenen Kürzungen fast ausschließlich die Bezieher von niedrigen Einkommen treffen, die voll nachfragewirksam sind, rekurrieren diese Ausgabenkürzungen mitten in der Rezession zusätzlich die Massennachfrage, und damit auch die Absatz- und Gewinnchancen der Unternehmen. Dies verschärft die Konjunkturkrise. Dies ist Brüning'sche Politik - die Bundesregierung hat aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit offenbar nichts gelernt.

Die Senkung der Spitzensteuersätze für Unternehmen ist hierfür - wie auch das DM erklärt - kein wirksamer Ausgleich; insbesondere wenn dies - wirtschaftspolitisch ebenfalls verfehlt, durch die Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten begleitet werden soll. Das war zunächst die Absicht der Bundesregierung, konnte aber von den SPD-regierten Bundesländern im Bundesrat verhindert werden (Standortsicherungsgesetz).

Kein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Die Politik der Bundesregierung nimmt Arbeitslosigkeit bewußt in Kauf. Während der amerikanische Präsident Clinton, der französische Präsident Mitterrand sowie auch die EG-Kommission der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Priorität einräumen, stehen für den Bundeskanzler die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Überwindung der Strukturkrise auf der Tagesordnung. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nicht sein Thema. 100.000 Arbeitslose mehr oder weniger entsprechen einer Be- oder Entlastung von circa drei Milliarden DM. Die Investition in Arbeitsplätze ist aber nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern gesellschaftlich notwendig und sozial geboten.

Die jetzige strukturelle Veränderung in der Wirtschaft wird zwar in der Zukunft neue Arbeitsplätze schaffen, aber nicht genug, um einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen. Deshalb sind jetzt unsere Konzepte: Zweiter Arbeitsmarkt, Beschäftigungsgesellschaften, Dienstleistungsarbeitsplätze erforderlich.

Worum es jetzt geht

Der unglaubliche Schuldenberg und der Schuldendienst können nicht aus der Portokasse bezahlt werden. Um dem Staat die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Fähigkeit zu konjunktursteuerndem Handeln zu bewahren, bedarf es eines langfristigen zuverlässigen und vertrauensbildenden Finanzkonzeptes.

Es müssen finanzielle Spielräume geschaffen werden, um jetzt für Innovationspolitik in der Wirtschaft zu sorgen und um die oben beschriebenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum Einsatz zu bringen.

Einsparungsmöglichkeiten, um eine solche innovative wirtschafts- und Konjunkturpolitik finanzieren zu können, gibt es. Die SPD hat realistische Einsparungsvorschläge in Höhe von 33 Milliarden vorgelegt. Davon mehr als die Hälfte im Steuerbereich durch Bekämpfung der Steuerhinterziehung und -umgehung (vier Milliarden DM) sowie durch den Abbau von Steuersubventionen (15 Milliarden DM).

So gut wie nichts hiervon wird von der Bundesregierung aufgegriffen. Während von den Einkommensschwachen Opfer zur angeblichen Haushaltskonsolidierung verlangt werden, hält die Bundesregierung weiterhin an Subventionen und Steuererleichterungen für eine kleine gutsitierte Minderheit fest. Diese skandalöse Tendenz zeigt sich besonders signifikant in der Aussetzung des Soldartätigkeitszuschlages für Einkommensbezieher über 60.000 (Ledige/120.000 DM (Verheiratete) bis 1995. Allein hierdurch hätte sich die Neuverschuldung des Bundes in diesem Jahr um 20 Milliarden DM und in 1994 um weitere 20 Milliarden verringert.

(-/14. Juli 1993/ks/fr)

Abbau von Steuersubventionen findet nicht statt
Kürzungspaket der Regierung ist auch steuerpolitisch eine herbe Enttäuschung

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Das vom Bundeskabinett beschlossene Kürzungspaket ist nicht nur sozialpolitisch unververtretbar und wirtschaftspolitisch verfehlt, sondern es ist auch im Hinblick auf die darin enthaltenen steuerlichen Maßnahmen eine herbe Enttäuschung.

Die von der Bundesregierung groß angekündigte Bekämpfung von steuerlichem Mißbrauch bleibt in völlig unzureichenden Ansätzen stecken. Zwar werden einige Punkte aufgenommen, die auch von der SPD seit langem gefordert werden wie zum Beispiel die Vereinheitlichung der Zinsbesteuerung in Europa, die Einschränkung von Gestaltungen durch Finanzinnovationen, die Begrenzung steuersparender Gestaltungsmöglichkeiten durch Gewinnverlagerungen ins Ausland. Insgesamt bleiben die vorgesehenen Maßnahmen jedoch weit hinter dem Notwendigen und Möglichen zurück. Von einer ernsthaften Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des steuerlichen Mißbrauchs kann keine Rede sein. Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität müssen aber endlich energisch bekämpft werden. Selbst in der Anfangsphase lassen sich durch eine verstärkte Bekämpfung der Steuerhinterziehung bereits 1994 mindestens vier Milliarden DM Steuermehreinnahmen erzielen.

Der notwendige Abbau von Steuersubventionen findet nicht statt. Die Bundesregierung erklärt vielmehr die Steuervergünstigungen für die Reichen weiterhin zum Tabu. Es ist ein Skandal, daß die Bundesregierung immer neue Opfer von denen verlangt, die ohnehin kaum genug zum Leben haben, aber gleichzeitig an den völlig ungerechtfertigten Steuervorteilen für die kleine gutsituierte Minderheit festhalten will. Das Dienstmädchen-Privileg ist hierfür nur ein Beispiel statt immer weitere Kürzungen bei den sozial Schwächeren vorzunehmen, fordert die SPD die Bundesregierung auf, endlich die von der SPD vorgelegten konkreten Vorschläge für einen sozial gerechten Abbau von Steuersubventionen im Volumen von insgesamt 15 Milliarden DM aufzugreifen.

Ökonomisch irrsinnig und sozial unerträglich ist es, daß Steuersubventionen für Reiche auf Kosten der normal verdienenden Arbeitnehmer sogar noch ausgebaut werden sollen: Während für die Arbeitnehmer die Arbeitnehmersparzulage abgeschafft wird und damit der Traum von einem eigenen Haus oder einer eigenen Wohnung in Stück weiter in die Ferne rückt, erhalten vor allem Spitzenverdiener weitere Steuervergünstigungen für den Bau eines eigenen Hauses. Der Schuldzinsenabzug für neue Eigenheime in Höhe von 12.000 DM im Jahr, der bis Ende 1994 befristet ist, soll nun um ein weiteres Jahr bis Ende 1995 verlängert werden. Der Schuldzinsenabzug verschärft schon heute die krasse soziale Schlagseite der geltenden steuerlichen Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums. Da der Schuldzinsenabzug bei steigenden Einkommen zu wachsenden steuerlichen Entlastungen führt, kann er nur von Spitzenverdienern voll ausgenutzt werden. Er führt außerdem zu für die öffentlichen Haushalte teuren Mitnahmeeffekten. Mit dem Schuldzinsenabzug pumpt die Bundesregierung das Geld der Steuerzahler in ein ineffizientes Fördersystem nach dem Motto: Teure Steuergeschenke für Hochverdiener - völlig unzureichende Förderung der Durchschnittsverdiener. Die Wohneigentumsförderung muß endlich für die Einkommensbereiche deutlich verbessert werden, für die sie auch tatsächlich etwas bewirkt. Mit dem von der SPD vorgeschlagenen Konzept, das jetzige Fördersystem umzugestalten in einen Eigenheimabzugsbetrag, der von der Steuerschuld abgezogen wird und deshalb unabhängig von der Einkommenshöhe gleichmäßig wirkt, wird die

Wohneigentumsförderung wieder gerechter und es können mit den gleichen finanziellen Mitteln mehr Eigenheime und Wohnungen gebaut werden.

Es ist nicht hinnehmbar, daß immer wieder Einschränkungen beziehungsweise Kürzungen beim Kindergeld vorgenommen werden sollen, der ungerechte Kinderfreibetrag aber unangestastet bleibt. Der immer noch verfassungsrechtlich unzureichende Familienlastenausgleich muß endlich sozial gerecht umgestaltet werden. Auch hier liegt das Konzept der SPD (Ersetz der Kinderfreibeträge durch ein einheitliches Kindergeld in Höhe von 250 DM im Monat, Begrenzung des ungerechtfertigt hohen Splittingvorteils für Besserverdienende) seit langem auf dem Tisch.

(-/14. Juli 1993/ks/fr)

Zinssenkungen in Deutschland bleiben weiterhin erforderlich

Von Christa Randzio-Plath MdEP

Vorsitzende des Unterausschusses Währung des Europäischen Parlaments

Der erneute Druck auf den französischen Franc macht deutlich, daß die Spannungen innerhalb des Europäischen Währungssystems nicht gebannt sind. Die Rezession übt Druck auf die nationalen Regierungen aus, so daß die Devisenmärkten nur darauf warten, wann eine Regierung den Stabilitätskurs verläßt. Vor diesem Hintergrund kommt der wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit in Richtung eines vorbeugenden Krisenmanagements erhebliche Bedeutung zu. wichtiger noch sind jedoch weitere Senkungen der Leitzinsen der Deutschen Bundesbank. Diese sind durch die vom G-7-Treffen in Tokio und von dem Finanzministerrat ausgesandten Signale möglich.

Es ist dringend an der Zeit, daß die Zentralbankpräsidenten schnell mit der geplanten periodischen Überprüfung der Angemessenheit der Wechselkurse anhand fester Indikatoren beginnen. Darüberhinaus sollte die währungspolitische Zusammenarbeit in der Gemeinschaft intensiviert werden, wofür das Europäische Währungsinstitut in der 2. Stufe ab dem 1. Januar 1994 eine institutionelle Voraussetzung schafft. Eine andere Voraussetzung dafür, daß die Zusammenarbeit auch zu Ergebnissen führt, ist aber die Unabhängigkeit der beteiligten Zentralbanken. Sie würde die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik in Europa erhöhen und bereits dadurch zur Stabilisierung der Wechselkurse beitragen.

Schließlich ist eine wirksame Koordinierung zwischen unabhängigen Zentralbanken und solchen, die den jeweiligen Finanzministerien unterstehen, kaum denkbar. Die Unabhängigkeit der Zentralbanken darf jedoch nicht dazu führen, daß sie Regierungen zu konjunkturschädlichen Steuererhöhungen zwingen, indem sie eine zu restriktive Geldpolitik betreiben. Die Forderung nach Haushaltskonsolidierung in der Bundesrepublik ist richtig. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Deutsche Bundesbank ihre Zinssenkungsspielräume im Interesse von Aufschwung, Anreiz für Investitionen und Beschäftigung tatsächlich nutzt.

(-/14. Juli 1993/ks/fr)
